

FRAUEN STUDIE GENITALVERSTÜMMELUNG RAUCH-KALLAT

Frauen- und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat präsentiert Studie über Genitalverstümmelung in Österreich**Utl.: Weltweit 3 Millionen Opfer pro Jahr - bisher keine Fälle von durchgeführter Genitalverstümmelung in Österreich =**

Wien (OTS) - "Noch immer wird die grausame Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) in rund 28 Ländern Afrikas, dem Nahen Osten und Asien praktiziert. Insgesamt gibt es zwischen 130 und 150 Millionen Opfer dieser unvorstellbaren Menschenrechtsverletzung und pro Jahr kommen schätzungsweise 3 Millionen Mädchen dazu", sagte Frauen- und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat heute, Mittwoch, anlässlich der Präsentation einer Studie über Genitalverstümmelung in Österreich. "Female genital mutilation ist mittlerweile ein globales Problem, das ebenso Immigrantinnen in Industriestaaten betrifft. Innerhalb der Europäischen Union konnte man die Zahl der Opfer bisher jedoch nur schätzen. Ich habe deshalb eine Studie initiiert, um einen Überblick über das Ausmaß der Genitalverstümmelung in Österreich zu erhalten."

Diese Studie wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen in Kooperation mit der Österreichischen Ärztekammer und UNICEF Österreich durchgeführt. Im Februar 2006 gingen insgesamt 1.667 Fragebögen an niedergelassene Gynäkolog/inn/en und Kinderärzt/inn/en. Im Mai folgten dann 250 Fragebögen an Ärzt/inn/en von Gynäkologie-/Gebär- und Kinderabteilungen in öffentlichen österreichischen Krankenhäusern versandt.

- 14 Prozent der befragten niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen oder Kinderärztinnen und -ärzte haben bereits mindestens einmal in ihrer Ordination ein genitalverstümmeltes Mädchen oder Frau behandelt.

- Je zwei Ärztinnen bzw. Ärzte in Wien und in der Steiermark wurden schon gefragt, ob sie eine Genitalverstümmelung durchführen, 4 Ärztinnen oder Ärzte gaben an, von einer Genitalverstümmelung von Mädchen in Österreich gehört zu haben.

- 16 Prozent der Krankenanstalten, die den Fragebogen retourniert haben, gaben an, dass bei ihnen genitalverstümmelte Mädchen oder Frauen behandelt wurden.

- Drei Viertel der Opfer stammten aus Somalia und Äthiopien. Die Herkunft der restlichen Patientinnen war nicht bekannt.

- 79 Prozent der befragten Krankenanstalten befürworteten es, das Thema "Genitalverstümmelung" in die Curricula der medizinischen Aus- oder Weiterbildung aufzunehmen.

"Mit der für die Curricula verantwortlichen Österreichischen Ärztekammer stehe ich bereits in konkreter Verhandlung, um Ärztinnen und Ärzte künftig besser zu sensibilisieren und auf den Umgang mit genitalverstümmelten Frauen vorzubereiten", so Rauch-Kallat. "Die Ergebnisse der Studie lassen den Schluss zu, dass in Österreich wenige bis keine Genitalverstümmelungen durchgeführt werden; zumindest nicht von in Österreich zugelassenen Ärztinnen und Ärzten. Offensichtlich kommen Frauen mit Genitalverstümmelung erst eine erhebliche Zeit nach einem solchen Eingriff nach Österreich. Wir

verfolgen in der Bekämpfung traditionsbedingter Gewalt deshalb einen Problemlösungskurs, der sowohl auf legislativer Ebene als auch im Bereich Opferschutz und Aufklärung ansetzt. Diese Strategie stößt weltweit auf sehr positive Resonanz."

"Obwohl es in Ländern wie Benin, Burkina Faso, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Tansania, Jemen und der Zentralafrikanischen Republik Hinweise auf einen Rückgang der Beschneidungsraten gibt, gab es kaum Fortschritte hinsichtlich der weltweiten Ausrottung dieser Praktik", berichtete Dr. Gudrun Berger, Generalsekretärin von UNICEF Österreich. "Wir stellen jedoch einen neuen Trend fest: an immer mehr Mädchen wird der Eingriff von medizinischem Personal durchgeführt und nicht mehr von traditionellen Beschneiderinnen."

UNICEF arbeitet deshalb sowohl auf Regierungs- als auch auf Gemeindeebene daran, diese Verletzung der Menschen- und Kinderrechte zu beenden. "Die endgültige Abschaffung der Genitalverstümmelung erfordert das Engagement von Regierungen, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft. Strategien, Gesetze und auch Budgets müssen dementsprechend eingesetzt werden. UNICEF unterstützt vor allem lokale NGOs und Initiativen, die sich auf Gemeindeebene für die Abschaffung der Beschneidung einsetzen. Wichtig ist auch die Involvierung von religiösen und traditionellen Führern sowie von Gesundheitspersonal, traditionellen Heilern, Sozialarbeitern und Lehrern", so Dr. Gudrun Berger.

Frauen- und Gesundheitsministerin Rauch-Kallat berichtete abschließend über die Implementierung eines Expert/innen-Gremiums im BMGF, das einen Leitfaden für den Umgang mit FGM für Ärztinnen und Ärzte sowie für medizinisches Personal erarbeiten wird. Diesem Gremium sollen Expert/innen des BMGF, Ärzt/innen und Vertreter/innen von Selbsthilfe-Organisationen angehören.

Rückfragehinweis:

BM für Gesundheit und Frauen
Ministerbüro
Mag. Daniela Reczek
Tel.: ++43 1 711 00/4378
mailto:daniela.reczek@bmgf.gv.at
http://www.bmgf.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS092 2006-08-30/11:15

301115 Aug 06

Gabriele Bolen
Parlamentarische Mitarbeiterin
von Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit
Tel.: (01) 40110 3685
Fax: (01) 40130 3729
www.petrabayr.at
www.stopFGM.net